

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Insertate kosten die doppelte Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Reklamen pro Zeile 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Fernsprech-Anschluß Nr. 80.

Postfach-Konto:

Frankfurt a. Main Nr. 7639.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.

Redaktionschluss: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Post bezogen:

Vierteljährlich 2,10 Mark.

Von derselben frei ins Haus geliefert 2,52 Mark.

Nr. 14.

Braubach a. Rhein, Donnerstag, den 17. Januar 1918.

28. Jahrgang.

Wer heuchelt?

Unsere Feinde werden nicht müde zu versichern, daß sie eigentlich im Grunde genommen, die Friedfertigkeit selbst sind. Sie hätten diesen Krieg überhaupt nur, um die Menschheit für allemal von dieser Gottesgeißel zu befreien; doch erst, wenn der preussische Militarismus endgültig zu Boden geworfen sei, werde man des Friedens auf Erden sicher und froh sein können. Es müßte dann nur dafür gesorgt werden, daß er nicht abermals zur Aufregung gelange, und das werde der neu zu gründende Völkerverbund zu gewährleisten haben. Vorher aber müßte die Weltkarte noch rasch so gründlich umgekreuzt werden, daß man dann für alle Zeiten Ruhe habe. Nach welchen Grundsätzen diese Umgestaltung vorgenommen werden sollte? Nun, selbstverständlich nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, eine Forderung der Gerechtigkeit, so einleuchtend und so anerkennend, daß sie würdig wäre, den zehn Geboten der Bibel unmittelbar angereiht zu werden. So weit, so gut — ein geschlossenes Programm ohne Zweifel, das vorläufig nur den einen Fehler hat, die Rechnung ohne den Wirt gemacht zu haben, d. h. über den Kopf der Mittelmächte hinweg, die anscheinend noch immer keine Lust dazu verspüren, sich lebendigen Leibes von ihren Gegnern verschlingen zu lassen.

Doch plötzlich tritt Herr Bichon, der augenblickliche Minister des Auswärtigen in Frankreich, auf die Kammertribüne und wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Zustimmung, das Schicksal der beiden Völkerverbände und Völkerverbündeten von einer Volksabstimmung abhängig zu machen. Das ist nämlich das mindeste, was die französischen Sozialisten zur eigenen Gewissensberuhigung verlangen: Annexionen dürfen sie bekanntlich nicht mitmachen, schon des bösen Beispiels wegen nicht. Aber wenn man das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf Elsass-Lothringen anwendet, dann kann natürlich auch der bestiegene Demokrat, und trage er selbst die Farben der Maximalisten, nichts dagegen einwenden. Man schmeichelt sich sogar mit der Hoffnung, daß selbst die deutschen Sozialisten sich dieser Forderung nicht widersetzen würden. Aber siehe da: die französische Regierung lehnt es ab, auf diese Brücke zu treten. Herr Bichon verlangt Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten Rechtes, er verlangt sie rein und unbedingt, weil sie höher stehe als alle heuchlerischen Volksabstimmungen. Eine völlig neue Offenbarung! Es gibt also heuchlerische Volksabstimmungen und — andere? Und wer entscheidet, ob in dem einen Falle diese, im andern jene Art der Willensoffenbarung der Völker vorliegt? Wer ist es überhaupt, den der Vorwurf der Heuchelei treffen soll: denjenigen, der die Abstimmung im einzelnen Fall anordnet, oder denjenigen, der sie vornimmt? Die Sozialisten in der französischen Kammer werden die nageleisere Weisheit des Ministers mit verwundertem Kopfschütteln zur Kenntnis genommen haben; aber sie haben schon schlimmere Verhöhnungen ihrer demokratischen Überzeugungen hinuntergeschluckt, sie werden gewiß wie sie der Nacht gegenüber sind, auch diesen programmwidrigen Seitenprung ihrer Regierung ruhig hinnehmen.

Das kann uns nur recht sein. Auch wir wollen ja von einer Volksabstimmung in Elsass-Lothringen ganz und gar nichts wissen. Nicht deshalb, weil wir ihr Ergebnis zu fürchten hätten, sondern weil die Frage, ob ein ferndeutsches Land wie das herrliche Oberrhein der Vogesen in Deutschland gehören soll oder nicht, für uns bereits für

Zeit und Ewigkeit entschieden ist. Wir würden uns also in der Tat einer Heuchelei schuldig machen, wenn wir über diese Frage noch irgendeine Erörterung zuließen. Aber in Frankreich hat man darüber noch im vorigen Jahre anders gedacht, und auch die Verbündeten der Republik, in der neuen wie in der alten Welt, haben mit den höchsten Brünstönen stilles Entschlusses auch für die Elsass-Lothringer das Selbstbestimmungsrecht gefordert — also noch einmal: auf welcher Seite lag und liegt die Heuchelei? Und weiter: warum soll a. B. den russischen Ostseeprovinzen erst der Zwang einer Volksabstimmung auferlegt werden? Wer macht sich in diesem Falle der Heuchelei schuldig — und warum? Jedenfalls: von Deutschland ist die Volksabstimmung im Osten ebenso wenig verlangt worden wie diejenige im Westen, wir dürfen also wohl mit Recht feststellen, daß Herr Bichon diesmal anders wohl gestellt hat, und daß seine Landsleute oder seine Bundesgenossen es sind, die sich durch seinen Vorwurf getroffen fühlen müssen.

Aber eine gute Lehre könnten wir aus dem Verhalten des Herrn Bichon wohl entnehmen. Wenn selbst Volksabstimmungen kein untrügliches Zeugnis für geschichtliche Notwendigkeiten sind, warum sollten wir uns und unsere Schutzbefohlenen an der alten russischen Grenze erst dieses Umständlichkeit unterziehen? Wären wir sicher, daß nicht hinterher, wenn die Letzten a. B. sich für den Anschluß an Deutschland entscheiden sollten, die Entente kommen und sagen würde, „eine heuchlerische Volksabstimmung“ wie diese beweise gar nichts, hier müsse unbedingt nach westrussischen Rezepten Ordnung geschaffen werden? Die Offenbarung des Herrn Bichon ist gerade noch zur rechten Zeit gekommen.

Vom Tage.

Indien ruft um Befreiung.

V. Das indische Nationalkomitee in Stockholm sandte an die ukrainische Zentralrada in Kiew sowie nach Breslau und in deutscher Sprache ein Telegramm, in dem es das ukrainische Volk als das größte der bisher unterdrückten europäischen Völker bittet, mit allem Nachdruck bei den Friedensverhandlungen für die Unabhängigkeit Indiens einzutreten und die Ukraine davor warnen, sich durch die falschen englischen Darstellungen über die angebliche Unfreiheit des indischen Volkes mit der Herrschaft der Engländer irreführen zu lassen. Solange Irland und Ägypten in der Sklaverei des englischen Handels- und Angriffskolonialismus festgehalten werden, sei kein dauernder Friede möglich.

Irische Freiheit.

VI. Die sofortige Lösung der irischen Frage wird in den jüngsten von der Gesellschaft der Freunde irischer Freiheit an alle ausländischen Gesandtschaften in Stockholm mit Ausnahme der englischen überreichten Note verlangt. Die Engländer die „irische Freiheit“ aufhebt, erhält aus einer Rede, die Graf Blumenthal in einer Ansprache zu Dublin hielt. Der Graf erklärte, daß England Irland seiner Lebensmittel zu berauben drohe, die das Land für seine Bevölkerung notwendig brauche. Die Iren würden Mangel leiden müssen, wenn sie diese Lebensmittel nicht im Land behielten. Es sei deshalb Aufgabe der Iren, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel im Lande bleiben, wenn nötig mit Gewalt.

Inzwischen fabrizieren die Lloyd George, Churchill und Genossen immer auf neue Redensarten vom Erlösungsverlust der Engländer an unterdrückten Völkern.

Turati für einen Vernunftfrieden.

V. Der Führer der offiziellen Sozialisten Italiens, Turati, erklärte einem Journalisten, an den Ausführungen Lloyd Georges sei das Bedeutsamste, daß sie ein Ausdruck der seit kurzem in England eingetretenen Stimmung sei, die die Notwendigkeit eines baldigen Vernunftfriedens einlebe. Turati hofft, die italienische Regierung werde sich bald zu ähnlichen Erklärungen bereitfinden.

Allzu viel von einer vernünftigen Auffassung der Lage ist bisher bei den italienischen Machthabern nicht zu bemerken gewesen. Turatis Hoffnung steht also vorläufig auf schwachen Füßen.

Montenegrinische Minister unterwerfen sich.

VI. Aus dem österreich-ungarischen Kriegspressequartier erfährt man, daß der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Vucovic sich mit seinen Anhängern, unter welchen sich auch der gewesene montenegrinische Justizminister Miloslaw Rajesovic befindet, beim Bezirkskommando Andrejevica gestellt und daselbst die Waffen abgeliefert hat. Die Minister und ihre Begleiter werden, da sie sich innerhalb der von den österreich-ungarischen Behörden gestellten Frist gestellt haben, der beim Geburtstag Kaiser Karls erlassenen Amnestie gemäß begnadigt.

Ob nun die immer noch von der Militärpresse herumgetragenen Erfindungen über erheblichen Widerstand in Montenegro vorlommen werden?

Abgabe des Vatikan an Lloyd George und Wilson.

V. In englischen und französischen wie auch in italienischen Blättern war behauptet worden, beim Heiligen Stuhl hätten die jüngsten Reden des englischen Premierministers und des amerikanischen Präsidenten starke Wirkung gehabt. Erwägungen, ob diese Erklärungen sich mit der Auffassung des Papstes nicht deckten, seien im Gange.

Daß diese Behauptungen lediglich zur Stimmungsmache dienten, war sofort zu erkennen. Das bestätigt nun auch ausdrücklich das offizielle Blatt des Vatikan, der „Osservatore Romano“. Das Blatt schreibt, der Heilige Stuhl beabsichtige nicht, von der Richtlinie der völligen und strengen Unparteilichkeit abzugeben, die er seit Kriegsbeginn innegehalten habe. Dies werde er auch angesichts der jüngsten diplomatischen Schritte und Erklärungen des englischen Premierministers und Wilsons nicht tun. Damit ist deutlich genug gesagt, daß die Lloyd George und Wilson kein Recht haben, sich auf den Vatikan als Vermittlungsgenossen zu berufen.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

13. Januar. Seitweilig erhöhte Feuerartigkeit in Manderb, in der Champagne, auf den östlichen Frontabschnitten und in den mittleren Vogesen. In Luftkämpfen werden an der Westfront sechs feindliche Flugzeuge und drei Geschwader abgeschossen. Der Kaiser empfängt den Reichskanzler und den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zum Vortag.

14. Januar. In Manderb bleibt die Feuerartigkeit auf Stützpunkten beschränkt. — An der macedonischen Front Artillerietätigkeit. — In Breslau-Tosow führt die Ausbreitung der Gaskammerung im Osten zu scharfen Auseinandersetzungen.

Dunkle Pfade.

Roman von Reinhold Ortmann.

3) Nachdruck verboten.

„Das will ich wohl glauben. Aber Sie sehen, daß ich es nun doch schon weiß. Seit wann ungefähr pflegt er denn den heimlichen Verkehr mit diesen — diesen, diesen Leuten?“

Der Buchhalter schlug ganz verzweifelt die Augen zum Himmel auf.

„Seit einigen Wochen. Aber ich versichere Ihnen, Herr Rühlmann, es sind durchaus anständige, geachtete Künstler und —“

Und dies Fräulein Nora Martini, das solche Briefe schreibt, ist die anständigste unter ihnen, nicht wahr?“ unterbrach ihn der andere mit schneidendem Hohn. „Geben Sie sich keine Mühe, Herr Deinitz! Ich bin nachgerade lange genug auf der Welt, um zu wissen, was man vor Künstlern und Künstlerinnen dieses Schlages zu halten hat. Da Sie nun aber heute Ihre Mission so schlecht ausgeführt und die Übergabe des Briefes verärgert haben — glauben Sie, daß mein Kesse die „Gefilde der Seligen“ trotzdem auch heute aufsuchen werde?“

„Ich vermute, daß er es tun wird, Herr Rühlmann.“ „Nun wohl, so mache ich Ihnen zur Pflicht, heute abend jeder Begegnung mit ihm auszuweichen und ihm, wenn Sie dennoch mit ihm zusammentreffen sollten, kein Wort von unserer Unterredung mitzuteilen. Es kostet Sie Ihre Stellung, wenn Sie meinem Wunsch nicht ganz buchstäblich Rechnung tragen.“

Deinitz verzogte sich stumm. Sein Brustkorb schob den niedersinkenden Brief in die Brusttasche und wandte sich dann noch einmal dem Buchhalter zu.

Rufen Sie mich übrigens die Gelegenheit bemerken, Ihnen zu sagen, daß ich neuerdings auch in anderer Hinsicht nicht sehr zufrieden mit Ihnen bin. Ihre Briefe sind vielfach von einer Nachlässigkeit, die ich bei einem meiner Angestellten auf die Dauer nicht dulden kann. Wenn es die „Gefilde der Seligen“ sind, die etwa auch Ihnen im Kopfe kochen, so kann ich Ihnen nur raten, entweder ganz und gar in diese verlockende Gegend übersiedeln oder aber ihr ein für allemal zugunsten einer gewissenhaften Erfüllung der Pflichten zu stehen. Für Leute mit derartigen Liebhabereien ist bei mir kein Platz. Wollen Sie sich das gefälligst merken!“

Eine kurze, verabschiedende Handbewegung, und Herr Georg Deinitz schlüpfte durch die Tür, die sich lautlos hinter ihm schloß.

Solange der Buchhalter ihm gegenüber gestanden hatte, waren Haltung und Redeweise des Bankiers die eines ruhigen, völlig beherrschten Mannes gewesen. Nun aber sprang er auf und begann mit raschen Schritten in seinem mächtig großen Arbeitszimmer auf und nieder zu gehen. Der Vorfall mußte ihn doch sehr nahe berührt haben, denn das lebhafteste Rot seines breiten Gesichtes war noch um eine Schattierung dunkler geworden, und die Falte zwischen seinen Augenbrauen hatte sich zusehends vertieft. Er schien mit sich selbst zu raten zu gehen, und nach Verlauf einiger Minuten mußte er zu einem bestimmten Entschluß ge-

kommen sein, denn er trat wieder an den Apparat und sprach in das Telefon:

„Herr Brandel — Wenn Sie nicht gerade sehr stark beschäftigt sind, möchte ich bitten! — Sie sind eben beim Kassenausschluß? — Gut — gut! — Machen Sie nur den ers. fertig. Meine Angelegenheit ist so wichtig nicht. Ich werde inzwischen auf eine Viertelstunde in meine Privatwohnung hinübergehen.“

Durch eine Tapetentür, die man erst bei schärferem Hinsehen gewahr werden konnte, verließ er das Privatkontor. Sie führte in einen schmalen, halbdunklen Gang, an dessen Ende sich ebenfalls eine kleine Tür befand, eben so weit genug, um einem Manne von Bernhard Rühlmanns mächtigem Körperbau Durchlaß zu gewähren.

Ein geräumiges, von drei Flammen des Kronleuchters erhelltes Wohnzimmer tat sich vor ihm auf. Es trug in seiner Einrichtung das Gepräge gebiegender Wohlhabenheit, wenn auch nirgends ein besonders vornehmer und erlehener Geschmack zutage trat. Die Wände an den Wänden, die wenigsten hier und da verteilten Kunstgegenstände, die Vorhänge und Teppiche — alles ließ erkennen, daß die Bewohner von der mächtigen Bewegung der letzten Jahre, die eine neue Formwelt geschaffen und neue Schönheitsideale aufgestellt hatte, nicht berührt worden waren.

Fortsetzung folgt.

Nach dem Sturm.

Wer geglaubt hatte, daß die hochwichtigen Verhandlungen dieser Tage im Mittelpunkt unserer politischen Lebens mit einem dramatischen Donnersturm zusammenstürzen würden, der wird sich jetzt angenehm entsinnen. Das Haupt des Staatssekretärs v. Bülow war das mindeste, was von der einen Seite als Stütze oder für die Unstimmigkeiten von Brest-Litowsk gefordert wurde — und die Möglichkeit einer Trennung Hindenburgs von Ludendorff wurde von der anderen Seite schon ganz ernsthaft zur Erwägung gestellt, während die Mittelrichtung sich schon mit dem Rücktritt des Herrn v. Bülow begnügen wollte, des Chefs des kaiserlichen Kabinetts. Aus alledem ist nichts geworden. Herr v. Bülow bleibt als Vertrauensmann des Reichskanzlers in Brest-Litowsk, dieser selbst denkt auch nicht im mindesten daran zu erkranken und sich nach einem Nachfolger umzusehen, und General Ludendorff steht ebenso selbständig und fest, gewiß, wie er gewohnt, im Großen Hauptquartier zurück, um dort neue Befehle zu erteilen und zu helfen. Es hat lediglich in Berlin eine „vertrauensvolle Aussprache“ zwischen dem Grafen Hertling und unseren Oberbefehlshabern stattgefunden, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt, und da keine sachlichen Streitpunkte vorlagen, bedurfte es zu ihrer Entscheidung auch keines Kronrats. Daß nebenher auch der Kaiser mit den Ergebnissen dieser vertrauensvollen Aussprache fortgesetzt befaßt wurde und daß auch der Kronprinz an ihnen lebhaften Anteil nahm, versteht den Ereignissen unweifelhaft eine erhöhte Bedeutung, kann aber die amtliche Berichterstattung nicht zu größerer Mithilfe bestimmen. Genug, daß die leitenden Persönlichkeiten sich miteinander verständigt haben, daß keine sachlichen Meinungsverschiedenheiten vorlagen und daß nachher keine äußerlich sichtbaren Veränderungen eingetreten sind — mit diesen Feststellungen soll die Öffentlichkeit sich einstweilen zufriedengeben und, was wohl die Hauptsache ist, nimmere den Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk abwarten. „Vertrauensvoll“ abwarten, nach dem guten Beispiel, das die Reichsleitung ihr soeben gegeben hat.

Es wird ihr in der Tat nichts anderes übrigbleiben. Aber sie braucht sich auch nicht mit der Floskel der Reichsleitung zu begnügen. „Ausgleich“ lautet die Lösung, die zur Kennzeichnung des inneren Verlaufs dieser entscheidenden Aussprache von zweiter Hand ausgegeben wird, eine „Demarkationslinie“ zwischen der militärischen und politischen Leitung unserer Schicksale sei gefunden und festgelegt worden, die für die Zukunft die Wiederkehr von Reibungen unmöglich mache. Klare Grundlinien für die Verhandlungen im Osten sind gezogen — und freie Bahn nach Westen, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendigkeiten des Deutschen Reiches finde. So sei nun endlich alles auf beste gestellt, und es bleibe nur noch übrig, daß unsere Unterhändler sich fortan genau an die Abmachungen dieser Tage hielten, dann würden uns neue Krisengerüchte mit samt dem ungesunden Zustand unruhiger Erregung, der mit ihnen notwendigerweise jetzt immer verbunden ist, für die Zukunft erspart bleiben. So einfach, wie unfindig stellt sich das zuweilen vor, liegen die Dinge natürlich nicht: daß die Militärs nur über militärische und die verantwortlichen Politiker nur über politische Fragen gebört werden dürfen oder zu entscheiden haben. Beide Gebiete greifen häufig ineinander über, und namentlich wo es sich um die höchsten Interessen des Vaterlandes, um seine Sicherheit und sein Fortleben nach Zeiten schwerer Heimsuchungen handelt, wird sich das sachverständige Urteil unserer obersten Führer am wenigsten fein säuberlich nach der einen oder nach der anderen Seite hin trennen lassen. Unser besonderer Stolz sind auch stets die ganzen Männer gewesen, die der Himmel uns geschenkt hat und die auch jetzt an der Spitze unserer Heeresleitung stehen. Niemand würde es wohl verwunderlich finden, wenn sie z. B. neue Blutopfer ablehnten, falls die politische Leitung des Reiches sich nicht entschlossen zeigte, ihre Krieg- und Friedensziele dementsprechend festzulegen, einfach aus dem Grunde, weil enger gesteckte Ziele sich auch mit den schon bisher gebachten Opfern erreichen ließen. Und umgekehrt kann auch die politische Führung militärische Wünsche ablehnen, weil sie mit ihrer Erfüllung schädliche Nebenwirkungen allgemeiner Natur für das Reich verknüpft sieht. Hier heißt es eben einen Ausgleich schaffen — und das ist in den Tagen, die hinter uns liegen, geschehen. Um welche Fragen im einzelnen es sich dabei gehandelt hat, darüber wird sich nicht mehr als in Andeutungen reden lassen; vielleicht findet Graf Hertling, wenn er demnächst wieder öffentlich das Wort ergreift, Mittel und Wege, um auch die ärgsten Zweifler einigermaßen zu beruhigen. Bis dahin können wir nichts Besseres tun, als auch unsererseits den höchsten Beratern der Krone Vertrauen entgegenzubringen.

Der Rathweis, daß wir als die Sieger mit unseren Feinden zu unterhandeln gedenken, wird inzwischen in Brest-Litowsk erbracht. Nicht nur durch General Hoffmann, dessen kraftvolle Belehrungen über guten Verhandlungston und über die Bescheidenheit, die dem Sieger ziemt, die Herren Trost und Genossen sich gewiß nicht hinter den Spiegel stecken werden. Auch Staatssekretär v. Bülowmann zeigte in den letzten Sitzungen ein bemerkenswerthes Festhalten in der Bähelführung. Er wollte die Gegenpartei wiederholt in die Enge zu treiben und hatte schließlich den Mut, die Verhandlungen in dem Augenblick abzubrechen, als ihre Fortsetzung nutzlos geworden war. So wird sich bald herausstellen müssen, ob die Petersburger einen Frieden, wie sie ihn haben können, haben wollen oder ob sie sich etwa einbilden, mit unseren Bevollmächtigten die Lage mit der Maus spielen zu können. Wir haben feste Ziele im Osten, und die müssen erreicht werden, sei es in Brest-Litowsk oder anderswo. Einen Ausgleich können auch die Russen haben, aber er muß schon die Berliner Prägung tragen, nicht die Marke der Warschauer, die vielleicht morgen wieder anderen Besitzes Platz machen können. Berlin und Brest-Litowsk — die wird sich die Dauerhaftigkeit der neuesten Abmachungen unseres führenden Mannes zu allererst zu erweitern haben.

Über die unnötige Beunruhigung

Der letzten Tage wird uns von besonderer Seite noch geschrieben:

In den letzten Tagen trug ein Teil der Presse eine nervöse Erregung zur Schau, zu der eine wirkliche Veranlassung nirgends erkennbar ist. Sicherlich hat es nichts Auffälliges an sich, wenn in Zeiten wichtiger Entscheidungen sich die Spitzen der an ihnen beteiligten obersten Amtsstellen in der Reichshauptstadt einfänden, um mit dem Kaiser und untereinander persönliche Fühlung zu nehmen. Die schon früher bei ähnlichen Anlässen wurde

sofort das Gerücht in Umlauf gesetzt, es werde ein Kronrat einberufen werden. Regelmäßig wird damit die Vermutung verknüpft, daß es sich um das Beilegen eines krisenhaften Zustandes handle, zu dessen Schlichtung ein Kronrat erforderlich sei. Auch dieses Mal fehlte nicht die Säufung der Namen aller möglichen Persönlichkeiten, durch die der Eindruck einer großen Krise erweckt werden sollte. Was den Kronrat anlangt, so ist festzustellen, daß weder am Sonntag noch am Montag ein solcher stattgefunden hat. Wohl hat der Kaiser Besprechungen abgehalten und Vorträge entgegengenommen. In der Öffentlichkeit ist es zwar weniger hervorgetreten, gleichwohl aber Tatsache, daß der Reichskanzler in letzter Zeit dem Kaiser fast täglich Vorträge gehalten hat. Von einer Krise kann nicht die Rede sein. Es liegt jeder Anlaß vor, zu glauben, daß zwischen den maßgebenden Stellen abweichende Meinungen von solcher Tragweite, die nach einem Ausgleich durch den Kronrat verlangte, nicht vorhanden sind. Das dürfen die abgehaltene vertrauensvollen Aussprachen erneut ergeben haben.

Die weder nach Inhalt noch nach Form berechnete Ausschlichtung der wirklichen Vorgänge ist wahrlich nicht dazu angetan, die große Sache, an der uns allen gelegen sein muß, nach innen oder gar nach außen zu fördern. Jeder Schein eines schweren inneren Zwiespalks wirkt auf unsere Gegner ermutigend und trägt somit nach der einen Seite zur Verhängerung des Krieges, nach der anderen, wo sich begründete Aussichten auf eine endgültige Einstellung der Feindseligkeiten eröffnen hätten, zur Verfestigung des Widerstandes gegen noch so berechnete Forderungen. Die neuesten Berichte aus Brest-Litowsk lassen deutlich erkennen, wie verfehlt es wäre, die zu überwindenden Schwierigkeiten zu unterschätzen. Es verstärkt sich der Eindruck, daß die Russen es dort auf eine Verschleppung der Verhandlungen anlegen. Sollte der weitere Gang der Dinge diesen Eindruck bestätigen, so würden sie allerdings die Erfahrung machen, daß sie sich einer Täuschung hingeben. Auf sachliche Verhandlungen und einen sachlichen Abschluß kommt es an. Die Bereitwilligkeit dazu hat Deutschland offen kundgetan, auf Verschleppungsmanöver sich einzulassen, hat es aber weder Ursache noch Neigung. In den jetzt im Osten hervortretenden Erscheinungen ist indessen eine abnormale Mahnung an die deutsche Heimat enthalten, alles zu vermeiden, was unseren Gegnern den Rücken steifen könnte.

Das Frauenwahlrecht im preussischen Abgeordnetenhaus.

(17. Sitzung.) Bk. Berlin, 15. Januar.

Nach reichlich bemessenen Weihnachtsferien hat das Abgeordnetenhaus heute seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Bänke weisen große Lücken auf, und die Mitglieder des Hauses bringen der Tagesordnung nur wenig Interesse entgegen, unterhalten sich vielmehr schon lange vor Beginn der Sitzung sehr angeregt über die bekannten Vorgänge der letzten Tage auf dem Gebiete der großen Politik. Das Stimmengewirr verstimmt erst als Präsident Graf Schwerin-Soest dem vor einigen Tagen verstorbenen langjährigen Präsidenten Jordan v. Kröcher einen Nachruf von besonderer Wärme und Verehrtheit widmet. Dann tritt das Haus in die Erledigung seiner Geschäfte ein. Die Anknüpfung, daß an erster Stelle die vorliegenden Anträge auf Erweiterung der kommunalen Rechte der Frau zur Beratung kommen würden, hatte aus dem Kreise der Berliner Frauenwelt einen großen Andrang zu den Tribünen veranlaßt. Die Zuhörerinnen mußten sich aber der ungewohnten Umgebung nur schwer anpassen, begleiteten vielmehr die Ausführungen der Redner mit lauten Kundgebungen des Mißfallens oder der Zustimmung.

Die Grundlage der Aussprache bildete ein Antrag des Ausschusses, der eine Vorlage verlangt, daß die Frauen mit beschließender Stimme Mitglieder städtischer Deputationen werden sollen, die sich mit Fragen der sozialen Fürsorge und der Wohlfahrtsfrage beschäftigen. Das Zentrum will die Frauen auch zu den Schuldeputationen hinzuziehen, während die Fortschrittler ihnen zu allen städtischen Verwaltungsdeputationen den Eintritt ermöglichen wollen. Verbunden wurde die Aussprache mit der Behandlung der Bittschriften des deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation, die sich gegen jede Erweiterung der Frauenrechte auch in der städtischen Verwaltung aussprechen.

Der konservative Standpunkt vertrat der Abg. Graf. Trotz aller Bedenken werden wir für die Ausdehnung der Frauen zum Zentrumstraktanten stimmen. Dagegen lehnt der größere Teil meiner Fraktion den fortschrittlichen Antrag wegen seiner Forderung für das politische Frauenstimmrecht ab. Bei der Zulassung der Frauen zu städtischen Deputationen wäre mindestens das Gemeinwohlrecht die Folge. Gewiß sind die Frauen jetzt in erhöhtem Maße auf allen Gebieten tätig, aber die Ausnahme einer Kriegszeit darf nicht zur Regel werden.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) begründet einen Antrag, die Frauen auch mit beschließender Stimme zu den Schulkommissionen zuzulassen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Minister bereit sei, die Städteordnung dahin abzuändern, daß die Frauen in die wichtigsten Deputationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können.

Der Volksparteiler Dr. Lewin (Schwiegerohn des verstorbenen Frauenliebhabers Albert Tragen) macht darauf aufmerksam, daß schon 1912 sich der Zentrumabgeordnete Trimbhorn im Hause für die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ausgesprochen habe. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Strich-Berlin tritt für die Erweiterung der Frauenrechte lebhaft ein.

Worte des Wohlwollens wendet der nationalliberale Abgeordnete Hermann den Vorlagen. Der Vertreter der konservativen Dr. v. Wönnig verhält sich reserviert, wogegen sich der sozialdemokratische Redner, Abgeordneter Heins, in scharfen Worten ablehnend ausdrückt.

Darauf werden die Ausschüsse angetragen. Das Haus vertagt sich dann auf morgen. Tagesordnung: Einbringung des Etats.

Im Herrenhaus — keine Kanzlerrede.

Bk. Berlin, 15. Januar.

Auch das Herrenhaus trat heute zu einer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen und bereitete sogleich den Beschlüssen, die die Tribünen füllten, eine schwere Entscheidung. Es war bekanntgeworden, daß der Reichskanzler sich dem Hause vorstellen werde, und man vermutete, er würde zumindest über die innere Politik, ihre Entwicklung und Zukunft sprechen. Die Sitzung begann. Der Präsident teilte die Tagesordnung mit: Das Wohnungsgesetz, und erteilte dem neuen Herrn Ministerpräsidenten das Wort. Dieser nahm es auf und — gab es nach wenigen Minuten weiter an die Ressortminister. Graf Hertling stellte sich nämlich in der ihm von S. M. dem Kaiser und König verliehenen Würde vor, empfahl das Wohnungsgesetz dem Wohlwollen des hohen Hauses und schloß nach einigen Sätzen mit dem Bemerken, daß der Herr Bundesminister über alles Nähere zu berichten berufen und bereit sei.

Als aber der Präsident dem Berichterstatter das Wort erteilte, leerten sich die Bänke, lichteten sich die Tribünen.

Italienische Angriffe gescheitert.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, Großes Hauptquartier, 15. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Die Lage ist unverändert.

Stationische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Asolone und Monte Vertice führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die tagsüber in den Angriffsbewegungen anhaltenden Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Front nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Bomben im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

England fürchtet die Niederlage.

Offenbar aus amtlicher Quelle veröffentlicht das Genfer Bureau der Times im „General“ einen Artikel, der sich mit der Ernennung eines gemeinsamen Generalstabs beschäftigt und zu dem Schluß kommt: Der Erfolg einer solchen Einrichtung hängt völlig von den Vorteilen ab, die die Heere davontragen, die der Generalstabschef schlägt. Tatsache ist es, daß ein Heer eine Niederlage und alle ihre Folgen ertragen kann, wenn es von seinen eigenen Führern geschlagen wird, daß es die Niederlage aber nicht ertragen kann, wenn ein Führer anderer Nationalität es beschließt.

Wirkungen des U-Boot-Krieges.

21000 Tonnen versenkt.

Amstich wird gemeldet: Ein unserer Unterseeboote hat unter schneidiger Führung des Oberleutnants zur See Lothar im Armeekanal fünf Dampfer und drei Fischerfahrzeuge mit rund 21000 Br.-Reg.-To. versenkt, eine Leistung, die um so bemerkenswerter ist, als die Erfolge von einem kleinen U-Boot und in einem Seegebiet erzielt wurden, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders hart ist.

Alle Dampfer, mit Ausnahme eines, waren bewaffnet und tief beladen; es konnten namentlich festgestellt werden der englische bewaffnete Dampfer „Jolantho“ (3081 To.), sowie der bewaffnete englische Tankdampfer „Arca“ (4839 To.), der in geschickter durchgeführtem Angriff auf einem hart gesicherten Tankdampfergeleitungs herausgeschossen wurde. Die versenkten Fischdampfer waren englischer Nationalität und führten die Namen „Gratitude“ (B. R. 25), „Baruna“ (B. R. 43) und „B. R. 201“.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Englands Frachtraumnot.

Der erste Lord der Admiralität Sir Eric Geddes gab der ersten Versammlung, welche zwischen Vertretern der Regierung und den Vertretern der Seewerksvereine zur Beratung der Frage des Seereschiffes stattfand, nach dem „Daily Telegraph“ vom 4. Januar 1918 die Erklärung ab, daß in den letzten sechs Monaten sich die Lage durch die Vorgänge in Russland völlig geändert habe. Infolgedessen würden in der nächsten Zeit die Hilfsquellen Englands erheblich in Anspruch genommen werden müssen. Zur Erlangung des Sieges sei notwendig: Steigerung des Schiffbaues, Ersparnis von Frachtraum, Aufrechterhaltung der Armeen im Felde. Nach sorgfältigster Überlegung durch die Regierung sei man zu der Überzeugung gelangt, daß man die Armeen im Felde nur auf der Höhe erhalten könne, wenn man eine große Zahl von Deuten aus den Munitionsfabriken ausbeute.

Diese Ausführungen zeigen, wie die Frachtraumnot, die die Verüberhöhung amerikanischer Truppenverbände in großen Maßstäben unmöglich macht, entweder die englische Front oder die englische Munitionserzeugung schwächt. Dies wird um so mehr der Fall sein müssen, als es England nach den neuesten Nachrichten vorzieht, im Hinblick auf die immer größer werdende Nahrungsmittelnot Brotgetreide, Fleisch und Futtermittel, statt der Truppenhilfe von den Vereinigten Staaten von Amerika zu erhalten.

Russlands innere Kämpfe.

Die Ungültigkeitserklärung der Staatsschulden.

Die mannigfachen Gerüchte von einem bevorstehenden russischen Staatsbankrott, von der Einstellung des Zinsendienstes usw. werden jetzt durch folgende Petersburger Erklärung zum Teil beseitigt.

Der oberste Verwaltungsrat der nationalen Güter arbeitet den Entwurf einer Verfügung aus, wonach alle Reichsanleihen, die von der kaiserlichen und bürgerlichen Regierung ausgedrungen wurden, annulliert werden, ebenso werden alle inneren Anleihen sowie deren Obligationen, die in Besitz von Engländern sind, bedingungslos annulliert.

Als gültig werden allein betrachtet nationale, kurzfristige Schatzanleihen und die verschiedenen Werte des Schatzamtes. Ueber die finanziellen Folgen dieser Verfügung überlegen lassen, muß die Bekanntgabe ihres Wortlautes abgewartet werden.

Rücktritt Lenin?

Nach einer Meldung aus Stockholm ist in Petersburg das Gerücht verbreitet, der Vorkommende im Volkskommissariat Lenin wolle zurücktreten und den Posten Trotski überlassen.

Schon vor längerer Zeit hieß es einmal, Lenin wolle von der Leitung zurücktreten. Es gelang dann seinen Freunden, ihn zum Bleiben zu bewegen. Diesmal scheint jedoch der Entschluß des Volksvorsitzenden unabänderlich zu sein. Lenin ist in letzter Zeit selten hervorgetreten.

Meuterei der Schwarzmeerflotte.

In Sebastopol kam es zu einem förmlichen Blutbad unter den Offizieren des Ausschusses der Schwarzmeerflotte, der anlässlich des Matrosenaufstandes 1912 17 Matrosen meist zum Tode verurteilt hatte.

Jetzt haben die magmalistischen Matrosen eine furchtbare Rache genommen. 60 Offiziere, darunter vier Admirale und ein General, wurden getötet. Die Offiziere eines Schiffes wurden sämtlich nach dem Malakowturm gebracht und dort erschossen.

Bekanntmachungen der k. k. städtischen Behörden. Brennholz- Versteigerung

im Dist. 11 Neuweg am Dienstag, den 22. Januar, Son-
nabends 10 Uhr (Treffpunkt Alte Gasse auf dem Neu-
weg, Beginn bei Nr. 1).

Es kommen zum Ausgebot:

481 Nm. Buchenholz
46 " " Eichenholz
167 " " Kiefernholz

Der Magistrat.

Hauschlachtungen.

Auf Befehl des Kriegsernährungsamts und Anweisung
des Stadtkommissars hat das Landratsamt anordnet,
daß Hauschlachtungen spätestens bis 31. Januar vorgenom-
men sein müssen, sofern nicht ganz besondere Umstände, wie
Salzmangel, Krankheiten rechtfertigen. Wir ersuchen die
Besitzer der Kommunalverträge zur Genehmigung der Einteilung
solcher Schlachtungen, die aber nur in wirklich Notfällen zu
gewähren sind. Vorgelegte Hauschlachtungsanträge ersuchen
wir nochmals eifrig zu genehmigen.

Landratsamt.

Wird veröffentlicht.

Anträge auf Hauschlachtungen sind nunmehr ausgehend zu
stellen.

Der Bürgermeister.

Die Stadt hat einen durchaus brauchbaren

Zugochsen

be abzugeben, sofort zu verkaufen.

Der Magistrat.

Gefunden

vor Weihnachten in Coblenz in dem Geschäft Gehr. Brand,
Hauptstraße 41 ein Silberstück mit größerem Stein und
anderem Inhalt, aus dem hervorgeht, daß der Besitzer ein
Braubacher ist. Ansprüche sind bis zum 17. d. M. in Sim-
mer 4 geltend zu machen.

Die Pol.-Verwaltung.

Besitzsteuer.

Vom 10. Januar 1918 fällig gewesene zweite
Besitzsteuer ist umgehend einzuzahlen.

Die Stadtkasse.

Die zu Steuern schulpflichtig werdenden auswärts ge-
borenen Kinder (das sind alle Kinder, die in der Zeit vom
1. 10. 11-30. 9. 12 geboren) sind bis 20. d. M. auf dem
Bürgermeisteramt, Zimmer 8 anzumelden.

Der Bürgermeister.

Salzgurken

empfiehlt

Jean Engel.

Paackpapier

empfiehlt

A. Lemb.



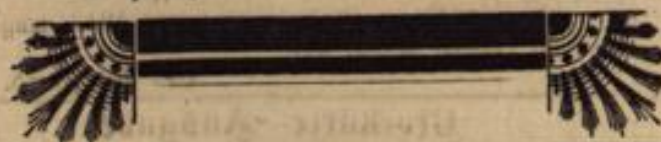
Wir eröffnen ein Geschäft

Bunte Ware in schwarz

welches wir zu

bedürftige Kommunitantinnen und Konfir-
mandinnen billig abgeben wollen.

Geschw. Schumacher.



Toilette - Seife

empfiehlt

Jean Engel.

Dreifussstiefeleisen

ebenfalls eingetroffen

Julius Rüping.

Küchenlampen, Sturmlaternen, Handlaternen

empfiehlt

Julius Rüping.

Sämtliche Neuheiten in

Herren- und Knaben- Mützen

eingetroffen zu reduzierten Preisen
A. Neuhaus.

Für Schneiderinnen

Hübsche Auswahl
in Spitzen und Ein-
läsen.

Große Auswahl in

Knöpfen

Gute

Chappseide

in farblich u. d. 25 Pfg.

Geschw. Schumacher.

Lederfell, Schuhcreme (Wachswasser)

A. A. Feise

Feisenpulver

Wachspulver

(mattefrei)

Schmierwaxmittel,

Apfelwein

zum Hochpreis

empfiehlt

E. Eschenbrenner

Frieda Eschenbrenner.

Ohrenschützer

beste Ware, per Stück 75 Pfg.

empfiehlt

Rud. Neuhaus.

Adlerpuß

bestes Reinigungsmittel für Herdplatten

per Paket 25 Pfg.

offert

Chr. Wiegardt

Fleischextrakt- Ersatz

Marke: Plantag und Ohsen

empfiehlt

Jean Engel

Spielkarten

das Pat. 1- M.

neu, eingetroffen.

A. Lemb.

Hand- arbeiten

schöne preiswerte Sachen

neu eingetroffen

Rud. Neuhaus.

Handarbeiten

in schönen Zeichnungen bei

Geschw. Schumacher.

Jugendbücher

für Knaben und Mädchen
in jedem Alter
preiswert zu haben in der
Buchhandlung Lemb.

Damenwesten

in reicher Auswahl empfiehlt
Rud. Neuhaus.

Krepapier

in allen Farben
per Rolle 40 Pfg.

neu eingetroffen bei
A. Lemb.

Reiselektüre

in großer Auswahl neu
eingetroffen.

Buchhandlung A. Lemb.

Herrn- Socken

in Wolle und Baumwolle bei
Geschw. Schumacher.

Briefpapier

neue Sendung

empfiehlt preiswert

Papiergeschäft Lemb.

Pladler

bestes Putzmittel für Herd-
platten

per Paket 30 Pfg.

offert

Jean Engel.

Herrn- Schlipse

in großer Auswahl bei
Geschw. Schumacher.

empfiehlt für die kalte
Jahreszeit:

Leibbinden,

Kniewärmer,

Lungenwärmer

in großer Auswahl.

A. Neuhaus.

Herren-Kragen und Schlipsen

in großer Auswahl

Geschw. Schumacher.

Ullsteinbücher

sind neu eingetroffen in der
Buchhandlung Lemb.

empfiehlt

Rud. Neuhaus.

Damen- Unterwäsche

in großer Auswahl

Rud. Neuhaus.

Kinder - Kleiderchen

gute Ware, reiche Auswahl

vorzüglich bei

Geschw. Schumacher.

empfiehlt

Stärkin

zum Stärken aller Art Wäsche

Jean Engel.

Winkochbüchsen

mit Gummiring

zum Versand ins Feld empfiehlt

Julius Rüping.



Medizinal- Wein

vorzüglich für schwache Kinder
und Leidende

in halben und vollen Flaschen

empfiehlt

Jean Engel, Braubach.

Die Sammelstelle

der k. k. städtischen

Nassauischen Sparkasse

in

Braubach, Friedrichstr. 13

bietet jedermann Gelegenheit, Sparpläne

zu erwerben und sich so zu beteiligen;

auch werden Mündelgelder bei ihr angenommen.

Jedem können Einzahlungen von 1 Mark an

zu 3 1/2 % Zinsen bei täglicher Verzinsung

gemacht werden.

Die Verabfolgung neuer Sparpläne erfolgt

sofort.

Rückzahlungen von bestehenden Sparplänen

sind zu jeder Zeit provisorisch frei und zwar

in der Regel ohne Einzahlung der in der Sparplänen-

ordnung vorgesehenen Rückzahlungssumme.

Mündelgelder Schulverschreibungen der Nassauischen

Landesbank werden von der Sammelstelle zum Rück-

kauf provisorisch veräußert, die neuen Zinscheinebogen

dieser Schulverschreibungen kostenlos besorgt und alle

Zinsscheine der Nassauischen Landesbankverschreibungen